



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

17. April 1985

Decisione

613

Abkommen zwischen den Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg sowie Jura und der französischen Region Franche-Comté über die Gründung einer "Communauté de travail du Jura"

Ausgestellt

An den Bundesrat

Aufgrund des Antrags des EDA vom 2. April 1985  
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtverfahrens wird

Abkommen der Kantone Bern, Waadt, Neuenburg und Jura mit der französischen Region Franche-Comté über die Errichtung einer "Communauté de travail du Jura"

b e s c h l o s s e n :

1. Die zwischen den Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg sowie Jura und der französischen Region Franche-Comté abzuschliessende Convention instituant la Communauté de travail du Jura wird genehmigt.
2. Das EDA (Direktion für Völkerrecht) wird beauftragt, das Abkommen durch Notenwechsel in Kraft zu setzen.
3. Das Departement für Auswärtige Angelegenheiten sorgt für eine laufende Orientierung der interessierten Bundesstellen.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	6	-
		EDI		
	X	EJPD	3	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
		BK		
		EFK		
		Fin Del.		

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

p.B.12.51.29.1.

3003 Bern, 2. April 1985

Ausgeteilt

A n d e n B u n d e s r a t

Abkommen der Kantone Bern, Waadt,  
 Neuenburg und Jura mit der französischen  
 Region Franche-Comté über die Errichtung  
 einer "Communauté de travail du Jura"

1. Die Kantone Bern, Waadt, Neuenburg und Jura beabsichtigen den Abschluss eines Abkommens mit der französischen Region Franche-Comté über die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft zur Behandlung von Nachbarschaftsfragen. Die Arbeitsgemeinschaft soll zu gleichen Teilen aus Vertretern der vier genannten Kantone (die unter sich ebenfalls gleichmässig vertreten sind) und der Region Franche-Comté zusammengesetzt sein und Empfehlungen über die Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zuhanden der zuständigen Behörden abgeben. Der nachbarschaftliche Dialog gilt insbesondere den Bereichen Raumplanung, Verkehr, Energiewirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Gesundheit und Soziales. Die Regierungen Frankreichs und der Schweiz werden nicht selbst an der Arbeitsgemeinschaft beteiligt sein, können aber in alle Organe Beobachter



entsenden. Das Abkommen ist auf das Ende jedes Kalenderjahres hin kündbar.

2. Die Artikel 9 und 10 BV ermächtigen die Kantone, ausnahmsweise Verträge über Gegenstände der Staatswirtschaft, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei mit untergeordneten Behörden oder Beamten des Auslandes abzuschliessen. Die Verträge dürfen nichts enthalten, was dem Bund oder den Rechten anderer Kantone zuwiderläuft. Der Bundesrat überprüft nach Artikel 102 Ziffer 7 BV diese Verträge und genehmigt sie, wenn sie zulässig sind. Erachtet er sie als nicht annehmbar oder erhebt ein anderer Kanton Einsprache, so entscheidet nach Artikel 85 Ziffer 5 BV die Bundesversammlung.

Die Begriffe "Staatswirtschaft, nachbarlicher Verkehr und Polizei" lassen sich im einzelnen weder exakt umreissen, noch ist unter ihnen ein systematisches Zuordnungsverhältnis erkennbar. Der Bund folgte bisher einer weiten Interpretation dieser Gegenstände und hat darunter alle Materien subsumiert, die nach der bundesstaatlichen Ordnung Sache der kantonalen Gesetzgebung und nicht schon durch einen im gesamtschweizerischen Interesse vom Bund abgeschlossenen Vertrag geregelt sind. Diese Haltung entspricht auch dem Geist des Europäischen Rahmenübereinkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften (SR 0.131.1), dem die Schweiz am 3. März 1982 beigetreten ist. Das Rahmenübereinkommen hält die Vertragsparteien zur Förderung und Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ihrer Gebietskörperschaften an. Eine sinnverwandte Bestimmung enthält Artikel 7 Absatz 3 des Raumplanungsgesetz (SR 700), nach welchem die Kantone die Zusammenarbeit mit den regionalen

Behörden des benachbarten Auslandes suchen sollen, soweit sich ihre Massnahmen über die Grenze auswirken können.

3. Der Abkommenspartner der vier Jura-Kantone, die französische Region Franche-Comté, ist im Zug der französischen Dezentralisierungspolitik mit gewissen Kompetenzen sowie entsprechenden Geldmitteln ausgestattet worden, die ein aus gewählten Volksvertretern zusammengesetzter Regionalrat verwaltet. Der Regionalrat kann als "untergeordnete Behörde eines auswärtigen Staates" im Sinn von Artikel 10 Absatz 2 BV bezeichnet werden.

Gegenstand des Abkommens ist der umfassende grenzüberschreitende Dialog, der durch die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft mit diversen Hilfsorganen institutionalisiert werden soll. Das Abkommen stipuliert keine Entscheidungsbefugnisse in den einzelnen Sachbereichen, die programmatisch und in offener Liste aufgeführt sind. Es handelt sich somit um ein Hilfsmittel für die Information und Meinungsbeildung selbstständig entscheidender Behörden. Die entsprechenden Tätigkeiten können unter dem Begriff des "nachbarlichen Verkehrs" nach Artikel 9 BV zusammengefasst werden. Damit ändert das Abkommen nichts an den jeweils in der Schweiz und in Frankreich geltenden Zuständigkeitsordnungen, die übrigens in Artikel 3 ausdrücklich vorbehalten bleiben.

Das vorliegende Abkommen verletzt keine Interessen des Bundes. Der grenzüberschreitende Dialog wird heute im Bereich der Mitgliedstaaten des Europarates weitherum praktiziert. Entlang der Schweizergrenze haben sich dazu verschiedene Organisationsformen eingebürgert. Sie reichen von privaten Zusammenschlüssen (Regio Basiliensis, gegründet 1963) über ständige Konferenzen von Vertretern der Grenzkantone (Bodenseekonferenz, Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, beide seit 1972, Communauté de travail des Alpes occidentales, seit 1982) bis zu den



gemischten Regierungskommissionen für Nachbarschaftsfragen (für den Raum von Genf seit 1973, für den Raum Basel-Oberrhein seit 1975). Die zuletzt genannten Regierungskommissionen sind auf Wunsch Frankreichs in ihrer gegenwärtigen Form entstanden, nachdem die Schweiz damals bereit gewesen war, den nachbarschaftlichen Dialog auf der Ebene der regionalen Behördenvertreter zuzulassen. Als Frankreich später dem Europäischen Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften beitrug, erklärte es, dass inskünftig die französischen Regionen und Departemente unter dem Vorbehalt einer grundsätzlichen Vereinbarung zwischen den Regierungen Frankreichs und der jeweils betroffenen Nachbarstaaten mit deren grenzregionalen Gebietskörperschaften einen direkten Dialog pflegen dürfen.

Auf schweizerischer Seite ist das Abkommen im Rahmen des "Groupe de concertation des cantons frontaliers limitrophes de la France" ausgearbeitet worden. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass es nichts den Rechten anderer Kantone Zuwiderlaufendes enthält. Mit der vorgesehenen Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft für den Jura würde der grenzüberschreitende Dialog im gesamten Jurabogen zwischen Genf und Basel institutionalisiert sein, mit Ausnahme von kurzen Grenzabschnitten beim bernischen Laufental, dem solothurnischen Schwarzbubenland und der Ajoie, die an das Departement Haut-Rhin grenzen, sowie dem waadtländischen Anstoss an das Departement Ain. Die Anliegen jener Grenzzonen können jedoch fallweise im Schoss der gemischten Regierungskommissionen für die Räume Genf und Basel behandelt werden, deren verschiedene Organe ihre diesbezügliche Bereitschaft bereits erkennen liessen. Darüber hinaus erlaubt der Vertretern beider Zentralregierungen eingeräumte Beobachterstatus eine gewisse Koordinationstätigkeit im Interesse der Gesamtstaaten oder der mitbetroffenen Gebietskörperschaften.

Als Beobachter für die Bundesverwaltung ist ein mit nachbarrechtlichen Angelegenheiten betrauter Mitarbeiter der Direktion für Völkerrecht vorgesehen, der nötigenfalls von weiteren Fachbeamten begleitet würde. Die Beobachtungstätigkeit wird sich auf die voraussichtlich ein- bis zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen der "Assemblée", dem obersten Organ der Arbeitsgemeinschaft, konzentrieren.

4. Das Abkommen soll am 3. Mai 1985 im Delémont unterzeichnet werden und durch gleichzeitigen Notenaustausch zwischen der Schweiz und Frankreich als Zeichen seiner Genehmigung Gültigkeit erlangen. Der Notenaustausch kann durch den Leiter der Direktion für Völkerrecht und den französischen Botschafter in der Schweiz vollzogen werden.
5. Das EJPD (Bundesamt für Justiz, das an der Redaktion des Abkommenstextes mitgewirkt hat; Bundesamt für Raumplanung, im Hinblick auf Artikel 7 Absatz 3 des Raumplanungsgesetzes) ist konsultiert worden und hat sich mit dem Antrag einverstanden erklärt.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

Beilage

Entwurf der "Convention"



C O N V E N T I O N   I N S T I T U A N T   L A  
C O M M U N A U T E   D E   T R A V A I L   D U   J U R A

---

Les Parties à la présente convention (ci-après:  
"les Parties contractantes"), à savoir

le Canton du Jura, Siège du Groupe de concertation des  
Cantons suisses limitrophes de la France  
représenté par M.

le Canton de Berne,  
représenté par M.

le Canton de Vaud,  
représenté par M.

le Canton de Neuchâtel,  
représenté par M.

d'une part, et

la Région de Franche-Comté,  
représenté par MM.

d'autre part,

considérant que le but du Conseil de l'Europe est de  
réaliser une union plus étroite entre ses membres et de pro-  
mouvoir la coopération entre eux,

dans l'esprit de la Convention-cadre du Conseil de  
l'Europe sur la coopération transfrontalière des autorités et  
collectivités territoriales, ratifiée par la Suisse et la France,  
respectivement les 3 mars 1982 et 14 février 1984,

dans l'esprit, également, de la Charte de la Confé-  
rence des pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe,

considérant qu'il découle de l'expérience que la coopération des pouvoirs locaux et régionaux de l'Europe est de nature à permettre une meilleure exécution des missions qui leur sont propres, qu'elle est susceptible de contribuer, en particulier, à la mise en valeur et au développement des régions frontalières;

considérant l'importance que la coopération entre autorités et collectivités territoriales frontalières peut revêtir dans des secteurs tels que le développement régional, urbain et rural, la protection de l'environnement, l'amélioration des infrastructures et des services offerts aux citoyens et l'entraide en cas de sinistre,

résolus à renforcer et à développer leurs rapports de bon voisinage et à se munir d'instruments pour coopérer et contribuer ainsi au progrès économique et social des régions frontalières et à la solidarité entre peuples européens,

sont convenus de ce qui suit:

## TITRE 1:

### INSTITUTION DE LA COMMUNAUTE

#### Article 1er      Principe

Les Parties contractantes instituent une Communauté de travail jurassienne (ci-après: "la Communauté").

#### Article 2      Rôle

La Communauté constitue une institution consultative. Elle examine les questions d'intérêt commun et fait des recommandations à l'intention des autorités compétentes des Parties contractantes.



### Article 3      Ordre des compétences national

La présente convention ne modifie en rien l'ordre des compétences national, prévu par le droit interne de la France et de la Suisse.

## TITRE 2:

### BUTS DE LA COMMUNAUTE

### Article 4      Coopération

La Communauté favorise la coopération transfrontalière entre les Parties contractantes dans ses aspects économiques, sociaux, culturels, écologiques, infrastructurels et autres, en accordant une attention privilégiée aux zones de montagne.

### Article 5      Aménagement du territoire

Dans le cadre des activités mentionnées à l'article 4, la Communauté encourage le développement et l'aménagement concerté et convergent de l'espace jurassien, compte tenu des spécificités propres à cet espace.

## TITRE 3:

### DOMAINES D'ACTIVITES DE LA COMMUNAUTE

### Article 6

Les principaux domaines d'investigation de la Communauté sont, à titre non limitatif, les suivants:

- transports et voies de communication (eau, air, terre);
- production et transport d'énergie, économie hydraulique;
- agriculture, économie agricole, économie montagnarde, économie forestière;

- protection du milieu naturel des lacs et des cours d'eau, des forêts, des sites, du patrimoine et du cadre de vie;
- urbanisme, équipement;
- développement socio-économique urbain et rural, de plaine et de montagne, promotion industrielle, échanges technologiques;
- promotion du tertiaire, du secteur touristique et du thermalisme;
- formation professionnelle et recyclage, équivalence et reconnaissance de diplômes; recherche scientifique;
- culture et patrimoine culturel, échanges artistiques, techniques modernes d'information et de communication;
- santé, hôpitaux, unités de recherches;
- protection sociale et questions sociales. .

#### TITRE 4:

### L'ASSEMBLEE DE COMMUNAUTE

#### Article 7            Composition de l'Assemblée

Le premier organe de la Communauté est l'Assemblée. Celle-ci est composée de deux délégations formées de trente membres au maximum, cantons suisses et Franche-Comté étant représentés à parts égales.

#### Article 8            Attributions de l'Assemblée

L'Assemblée définit les lignes générales de l'action de la Communauté, imprime une impulsion et exerce un contrôle sur les activités du Comité et des groupes de travail de la Communauté. Experts et représentants des groupes de travail permanents peuvent être invités à certaines séances durant lesquelles des points particuliers sont examinés.



Article 9 Réunion de l'Assemblée

L'Assemblée plénière se réunit au moins une fois par an.

Article 10 Présidence

La présidence de l'Assemblée est assurée conjointement par les Présidents des deux délégations. L'Assemblée procède à l'élection de vice-présidents dont elle détermine le nombre. Les mandats, dont la durée est de deux ans, sont renouvelables.

Article 11 Ordre du jour - convocations

Chaque co-président convoque, à tour de rôle, l'Assemblée sur le territoire de l'Etat dont il relève. Il établit l'ordre du jour en liaison avec le Comité. En principe, les convocations doivent parvenir aux intéressés dans un délai de deux mois au minimum précédant la réunion.

TITRE 5:LE COMITE DE COMMUNAUTEArticle 12 Composition du Comité

Le Comité comprend 8 membres, 4 pour les cantons suisses et 4 pour la Franche-Comté. Il est présidé conjointement par les Présidents des deux délégations à l'Assemblée.

Article 13 Attributions du Comité

Le Comité prépare et exécute les recommandations de l'Assemblée, veille au bon fonctionnement de la Communauté et s'occupe des relations de cette dernière avec d'autres organismes régionaux similaires.

#### Article 14      Secrétariat général

Le Comité est assisté d'un Secrétariat général. Le responsable de celui-ci est désigné par la présidence de la Communauté.

#### TITRE 6:

#### LES GROUPES DE TRAVAIL

#### Article 15      Détermination

Cinq groupes de travail sont formés. Ils exercent leurs compétences d'étude, de réflexion, et de proposition dans les domaines suivants:

- économie et emploi
- liaison routières et ferroviaires
- culture, éducation et tourisme
- santé publique et questions sociales
- aménagement du territoire et environnement.

#### Article 16      Composition des groupes de travail

Les groupes de travail sont permanents. Ils comprennent 14 membres au plus. Ils peuvent décider de la création de sous-groupes et faire appel à des techniciens et experts pour traiter, dans un laps de temps fixé, de problèmes précisément déterminés.

#### TITRE 7:

#### OBSERVATEURS

#### Art. 17

Des représentants des Gouvernements suisse et français peuvent assister, en qualité d'observateurs, aux séances des différents organes de la Communauté. Des représentants de collectivités voisines ou liées aux Parties contractantes peuvent y être invités.



TITRE 8:FONCTIONNEMENT DE LA COMMUNAUTEArticle 18      Financement

Les Parties contractantes subviennent aux frais de leurs propres délégués. Elles contribuent en plus au financement des actions de la Communauté en fonction d'une clé de répartition, qui sera approuvée par les Parties contractantes sur recommandation de l'Assemblée.

Article 19      Langue, documentation

La langue de travail de la Communauté est le français. Le co-président, chargé des convocations et de l'organisation des réunions, fait procéder à l'établissement des rapports et à leur envoi aux membres des instances concernées de la Communauté.

Article 20      Procès-verbal des réunions

Un procès-verbal résumant les travaux des réunions est établi, signé par les co-présidents, et transmis dans un délai de deux mois aux membres des instances concernées de la Communauté.

Article 21      Transmission des recommandations

Les recommandations de la Communauté sont adressées par les co-présidents aux autorités compétentes des Parties contractantes.

TITRE 9:DISPOSITIONS FINALESArticle 22      Dénonciation

La présente Convention peut être dénoncée par chacune des Parties contractantes, moyennant un préavis de six mois avant la fin de l'année civile.

Article 23      Entrée en vigueur

La présente Convention entrera en vigueur le jour de sa confirmation par un échange de notes entre les Gouvernements suisse et français

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, ont  
signé la présente Convention.

Fait à ..... le .....

en cinq originaux en langue française.

Pour le Canton de Jura: Pour la Région de Franche-Comté:

Pour le Canton de Berne:

Pour le Canton de Vaud:

Pour le Canton de Neuchâtel:

DISPOSITIONS FINALES

Article 31 Révocation

TITRE 2

ARTICLES 32

Article 33

La présente Convention entre en vigueur le jour de sa

signature par un échange de notes entre les Gouvernements



Abkommen zwischen den Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg sowie  
 Jura und der französischen Region Franche-Comté über die  
 Gründung einer "Communauté de travail du Jura"

85-11-0011/WE/1a

Berna, den 12. April 1985

Aufgrund des Antrags des EDA vom 2. April 1985  
 und des Mitberichtsverfahrens wird

b e s c h l o s s e n :

1. Die zwischen den Kantonen Bern, Waadt, Neuenburg sowie  
 Jura und der französischen Region Franche-Comté abzu-  
 schliessende Convention instituant la Communauté de  
 travail du Jura wird genehmigt.
2. Das EDA (Direktion für Völkerrecht) wird beauftragt,  
 das Abkommen durch Notenwechsel in Kraft zu setzen.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

Keine Veröffentlichung

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL  
 DE JUSTICE ET POLICE



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT  
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Convention entre les cantons de Berne,  
 Vaud, Neuchâtel et du Jura d'une part,  
 et la Région Franche-Comté d'autre part,  
 instituant une "Communauté de travail  
 du Jura"

Für die BR.-Sitzung  
 vom 1 7. APR. 1985

85-31-0053/WE/ts

Berne, le 12 avril 1985

Distribué

Au Conseil fédéral

CO-RAPPORT

à la proposition du DFAE du 2 avril 1985

D'accord avec la Direction du droit international  
 public du DFAE, nous proposons que le dispositif de  
 la décision du Conseil fédéral soit complété comme  
 suit:

"3. Das Departement für Auswärtige Angelegen-  
 heiten sorgt für eine laufende Orientierung  
 der interessierten Bundesstellen."

Cette exigence nous paraît s'imposer au vu des expé-  
 riences faites avec d'autres conventions du même type  
 concernant la région genevoise et la région bâloise  
 et qui démontrent qu'à défaut, une information suivie  
 des services fédéraux intéressés n'est pas assurée.

Prüfung	Ergebnis	Bemerkungen
XV	1.5	EDA
X	2.0	EDB
	2.5	EDC
	3.0	EDD
X	3.5	EDE
	4.0	EDF
	4.5	EDG
X	5.0	EDH
X	5.5	EDI

DEPARTEMENT FEDERAL  
 DE JUSTICE ET POLICE